



26. DEZEMBER 2021 (STEPHANUSTAG) UND 13. MÄRZ 2022 (REMINISZERE)

GEBETSTAGE FÜR BEDRÄNGTE UND VERFOLGTE MENSCHEN



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTEMBERG

GEBETSTAGE FÜR BEDRÄNGTE UND VERFOLGTE MENSCHEN

STEPHANUSTAG | SONNTAG REMINISZERE

Impressum:

Herausgegeben vom Evangelischen Oberkirchenrat
Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart

Redaktion: Cornelia Wolf

Foto: Wolf, privat

Übersetzung der englischen Texte: Christoph Hildebrandt-Ayasse

Gestaltung und Produktion: Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

Rechte:

Wir bedanken uns bei:

- Katja Dorothea Buck,
Religionswissenschaftlerin und Politologin
- Raimund Hertzsch, Pfarrer,
Vorstandsvorsitzender der Herrnhuter Missionshilfe e. V.
- Mary L. Kategile,
Pfarrerin der Moravian Church Tansania, Südwest-Provinz, Frauenbeauftragte

Inhalt

Vorwort Landesbischof	5
Stephanustag und Sonntag Reminiszere	6
Schwerpunktländer	7
Demokratische Republik Kongo – Dschihadisten mischen sich in jahrzehntelangen Konflikt ein –	7
Mosambik – kein Beispiel für Christenverfolgung	15
Tansania – fragiler Friede zwischen den Religionen	23
Bildbetrachtung: das Gleichnis vom Senfkorn	30
Gottesdienst	33
Opferempfehlung	40

GEBETSTAGE FÜR BEDRÄNGTE UND VERFOLGTE MENSCHEN
STEPHANUSTAG | SONNTAG REMINISZERE

Vorwort

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Leserinnen und Leser,

die Situation der verfolgten Christen ist unserer Landeskirche wichtig und seit vielen Jahren ein großes Anliegen. In diesem Jahr stehen die verfolgten Christinnen und Christen in Mosambik im Mittelpunkt. Aber auch die Situation in der Demokratischen Republik Kongo und in Tansania. Mosambik zählt zu den ärmsten Ländern dieser Welt und die Menschen dort kennen Bürgerkriege und andere Katastrophen zur Genüge. Seit gut zwei Jahren wird vermehrt von der Verfolgung von christlichen Gemeinden in diesem südafrikanischen Land berichtet.

Unsere Landeskirche setzt sich dafür ein, dass weltweit alle Menschen ihren Glauben leben dürfen. Ganz gleich welcher Religion sie angehören. Diese Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu erhalten oder zu schaffen gilt. Ein Beitrag dazu soll das vorliegende Heft sein. Wir bitten Sie deshalb, den Predigtentwurf, die Gebete, die Lieder und Fürbitten sowie die Informationen zu nutzen und an andere weiterzugeben.

Wir in Deutschland können unsere Stimme frei und offen erheben, um diesen bedrohten und unterdrückten Menschen weltweit zu helfen und ihre Not in den Fokus zu rücken. Wir können für sie eintreten im Gebet und auf politischer Ebene.

Alle Menschen auf dieser Erde sind Gottes Kinder. Das glauben wir. Darum wollen wir uns für diese Kinder, Frauen und Männer einsetzen, die oft um ihr Leben fürchten müssen.

Im Galaterbrief heißt es: „So lasset uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen“ (Gal.6,10).

Ihr



Dr. h.c. Frank Otfried July
Landesbischof

Stephanustag und Sonntag Reminiszere

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat den Stephanustag (26. Dezember) und den Sonntag Reminiszere als Gebetstage für bedrängte und verfolgte Christen festgelegt.

Stephanus war ein Diakon in der urchristlichen Gemeinde in Jerusalem. Durch seinen christlichen Lebenswandel erregte er viel Aufsehen. Er wurde als Gotteslästerer beschimpft und schließlich wegen seines Glaubens gesteinigt. Die Steinigung des Stephanus war Auftakt zu einer großen Christenverfolgung. Mit dem Stephanustag verbindet die christliche Kirche seit ihren Anfängen Bedrängung und Verfolgung.

Der Sonntag Reminiszere (13. März 2022) ist seit 2010 EKD-weit der offizielle Gebets- und Gedenktag für bedrängte und verfolgte Christen. Das Thema dieses Sonntags ist „Gedenke, Herr, an deine Barmherzigkeit und deine Güte, die von Ewigkeit her gewesen sind“ (Ps 25,6). Zum Sonntag Reminiszere 2022 wird von der EKD voraussichtlich ebenfalls Material veröffentlicht. Dieses kann im Internet abgerufen werden.

Mit diesen beiden Gebetstagen nehmen wir Christen Anteil am Leid unserer Geschwister. Wir verbinden damit auch unser Engagement an einer Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in den betroffenen Ländern.

Schwerpunkt für den Stephanustag 2020
und den Sonntag Reminiszere 2021 sind die Länder

Demokratische Republik Kongo | Mosambik | Tansania

Demokratische Republik Kongo – Dschihadisten mischen sich in jahrzehntelangen Konflikt ein

Kurzinfo zum Konflikt

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) herrscht seit Jahrzehnten Krieg. Mehr als 200 Milizen terrorisieren die lokale Bevölkerung. Sie plündern, töten, vergewaltigen und vertreiben die Menschen aus ihren Dörfern. In der Regel werden sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Der kongolesische Staat ist in dieser Region so gut wie nicht präsent.

Vordergründig geht es in dem Krieg um die Kontrolle über die Bodenschätze in der Region, die für die weltweite IT- und E-Auto-Industrie wichtig sind. Doch auch ethnische und politische Motive spielen bei den Konflikten eine Rolle.

Seit einiger Zeit häufen sich die Anzeichen, dass nun auch dschihadistische Gruppen sowie die weltweite Terrororganisation Islamischer Staat im Osten der

DR Kongo aktiv sind. Für die Menschen in der Gesamtregion, die überwiegend Christen sind, bedeutet dies eine weitere, unberechenbare Gefahr.

Kurzinfo zum Land

- 90 Millionen EinwohnerInnen
- 2,344 Millionen km² Fläche (etwa sechs Mal so groß wie Deutschland)
- Schätzungsweise 90 Prozent der Bevölkerung sind ChristInnen. Der Anteil der MuslimInnen wird auf zwischen 1 und 10 Prozent geschätzt. Ethnoreligiöse Gruppen bilden nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung.

Allgemeine Entwicklung

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) gehört nicht zu den Ländern, die einem sofort in den Sinn kommen, wenn es um das Thema bedrängte und verfolgte ChristInnen geht.

Nach der Verfassung von 2006 ist das Land ein säkularer Staat. Religiöser Pluralismus wird respektiert. Diskriminierung aufgrund ethnischer Abstammung, religiöser oder persönlicher Ansichten ist verboten. Jeder darf seine Religion öffentlich und privat bekunden, ausüben und dafür werben. Religionsgemeinschaften dürfen Gotteshäuser errichten und sich von in- und ausländischen Partnern in ihrer Arbeit unterstützen lassen. Kirchliches Leben gedeiht seit vielen Jahren, so dass die Kirchen heute im Bildungs- und Gesundheitsbereich eine tragende Säule für die ganze Gesellschaft darstellen. Rund zwei Drittel der Schulen, Gesundheitsstationen und Waisenhäuser sind in kirchlicher Hand.

Mit rund 90 Prozent stellen die Christen in der DR Kongo die große Mehrheit in der Gesamtbevölkerung dar. Muslime und ethno-religiöse Gruppen sind kleine

Minderheiten. In östlichen Regionen allerdings ist der muslimische Anteil an der Bevölkerung höher und wird auf bis zu 25 Prozent der lokalen Bevölkerung geschätzt. Bisher stand das friedliche Miteinander von Christen und Muslimen bis auf einige kleinere Konflikte um Weidegründe zwischen christlichen Bauern und muslimischen Nomaden im Nordosten des Landes nicht in Frage.

Dschihadistische Agenda

Beunruhigend sind seit einiger Zeit Meldungen über dschihadistische Gruppen im Ostkongo. Im Juni 2021 explodierte eine Bombe in einer katholischen Kirche in Beni in der Provinz Nord-Kivu, nahe der Grenze zu Uganda. Zwei Frauen wurden verletzt. Die Bombe explodierte, kurz bevor in der Kirche ein Firmungsgottesdienst mit vielen Kindern und ihren Familien hätte stattfinden sollen. Wenige Stunden später sprengte sich ein Selbstmordattentäter in der Nähe einer Moschee in Beni in die Luft. In den Wochen davor hatten Islamisten nach Angaben des kongolesischen Zentrums für Friedensforschung (CEPADHO) bei verschiedenen Terrorakten in Beni 22 Menschen getötet.

Verantwortlich für die Attentate zeichnet häufig die islamistische Miliz Allied Democratic Forces (ADF), hinter der Beobachter ein breites dschihadistisches Netzwerk vermuten. Sie ist aus einer der ugandischen Rebellengruppen entstanden, die im Ostkongo aktiv sind. 2017 bekannte sie sich zum Islamischen Staat.

Immer wieder nimmt die ADF gezielt Geistliche ins Visier. So wurde am 8. Juli 2021 eine Ordensfrau in Goma entführt. Im November 2018 drangen bewaffnete Männer in das Haus eines Pastors in Beni ein und töteten ihn und seine Tochter. Drei weitere Kinder wurden bei dem Angriff getötet, sieben Christen entführt. Sie gelten bis heute als vermisst. Kurz darauf überfiel die ADF ein weiteres Dorf in der Gegend, entführte einen Pastor und fünf Mitglieder seiner Gemeinde und setzte zwölf Häuser in Brand. Der Pastor und seine Frau wurden später tot aufgefunden.

Im März 2019 verübten die ADF einen Anschlag auf das Dorf Kalau. Sie töteten sechs Menschen und zwangen Hunderte zur Flucht. Ein Sprecher der Dorfgemeinschaft sagte über die islamistischen Milizionäre, sie seien lange mit Menschen-

raub und Mord aktiv gewesen. Jetzt wollten sie aber das Gebiet besetzen, das sie als ihr Eigentum beanspruchten.

Auch die katholische Bischofskonferenz bescheinigt der ADF eine eindeutig religiös-extremistische Agenda. „Alle, die von diesen Terroristen entführt wurden und fliehen konnten, berichten dasselbe: Sie wurden vor die Wahl gestellt zwischen Tod und Konversion zum Islam“, sagt Melchisedec Sikuli Paluku, der Bischof von Butembo-Beni. Und die Bischofskonferenz schreibt in einer Stellungnahme im April 2021, dass die Islamisierung der Bevölkerung eine weitreichendere Strategie sei, um langfristig auf die allgemeine Politik des Landes Einfluss zu nehmen.

Die weltweit agierende Terrororganisation Islamischer Staat (IS) sieht den Ostkongo seit April 2019 als offizielles Kampfgebiet an. Nach einem Anschlag mit drei Toten in der Nähe von Beni erklärte der IS die gesamte Region zur „zentralafrikanischen Provinz des Kalifats“. Das Auftreten des Islamischen Staats und anderer islamistischer Gruppen in der DR Kongo verkompliziert die Situation in einem Land, das seit Jahr-

zehnten bereits massiv von Gewalt und Terror betroffen ist.

Bald drei Jahrzehnte Krieg im Ostkongo

Seit bald drei Jahrzehnten herrscht im Ostkongo ein Krieg, von dem hierzulande nur wenig Notiz genommen wird. In der Region sind schätzungsweise bis zu 200 Milizen aktiv, die alle unterschiedliche Interessen und oft keine stringente Strategie haben. Einige kommen aus den Nachbarländern, manche gehen auf den Genozid in Ruanda zurück oder auf politische Vorgänge in Uganda vor Jahrzehnten. Wieder andere sind entstanden aus ethnischen Konflikten in der Region. Und schließlich gibt es noch Gruppen, die sich gegen die kongolesische Zentralregierung richten. Die Koalitionen zwischen den Milizen wechseln ständig. Es ist kaum möglich, sich ein klares Bild über die Akteure zu verschaffen.

Vordergründig spielt das Interesse am Gewinn aus den Rohstoffminen in der Region eine Rolle. Der Ostkongo ist reich an seltenen Mineralien, die für die weltweite Herstellung von Computerchips und Batterien für E-Autos bzw. E-Bikes gebraucht werden. Mit dem Gewinn aus

dem Rohstoffhandel können die Milizen sich Waffen kaufen und ihren weiteren Kampf finanzieren.

Experten sprechen von einer Kultur der Gewalt in der DR Kongo, deren Wurzeln bis in die Kolonialzeit reichen. Mehr als acht Jahrzehnte beutete das belgische Königshaus den Kongo mit brutaler Gewalt aus. Historiker schätzen, dass seit Beginn der Kolonialzeit 1876 Millionen Menschen massakriert oder verstümmelt wurden. Dörfer wurden beim geringsten Widerstand gegen die Kolonialherren niedergebrannt. Auch nach der Unabhängigkeit 1960 herrschte diese Kultur der Gewalt weiter.

In einem Bericht aus dem Jahr 2010 halten die Vereinten Nationen fest, dass in Ostkongo allein zwischen 1993 und 2003 insgesamt 617 schwerwiegende Verbrechen wie Massenvergewaltigungen oder Massentötungen stattgefunden haben. Das heißt, dass alle sechs Tage solche Massaker stattgefunden haben – und das über zehn Jahre hinweg. Doch selbst mit der Stationierung von UN-Friedenstruppen 1999 hat sich die Situation nicht verbessert. Nach Angaben der kongolesischen Bischofskonferenz sind

seit 2013 allein in der Stadt Beni mehr als 6.000 Menschen von Milizen getötet worden. 2.000 seien in Bunia ermordet worden. 7.500 seien verschleppt worden und drei Millionen Menschen auf der Flucht im eigenen Land.

Bis heute wird so gut wie kein Angriff strafrechtlich verfolgt. Der Staat ist in den betroffenen Regionen so gut wie nicht präsent. Und die Kritik an der Untätigkeit der Blauhelme reißt nicht ab. Seit Jahrzehnten sind die Menschen schutzlos den vielen marodierenden Gruppen ausgesetzt, die skrupellos plündern, vergewaltigen und morden.

Dass in dieser undurchsichtigen Situation nun offenbar dschihadistische Gruppen sowie der Islamische Staat mitwirken, bedeutet nicht nur für die ChristInnen in der Region eine große Gefahr. Auch einheimische MuslimInnen, die sich für Frieden einsetzen und die Gewalt im Namen der Religion verurteilen, geraten unter Druck. So wurde am 1. Mai der Vorsitzende der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Beni, Imam Ali Amin, von Unbekannten mit einem Kopfschuss getötet, während er in seiner Moschee das Abendgebet anleitete.

Amin galt über die Region hinaus als Versöhner und unerschrockener Kritiker des islamischen Extremismus und Terrorismus. „Wir finden keine Ruhe, solange sich nichts ändert. Ein hoher Geistlicher wurde getötet. Er war ein Muslim. Morgen wird es ein Katholik sein oder ein Protestant. Deswegen sind wir alle besorgt“, heißt es in einem Bericht der Bischofskonferenz.

Die Kirchen sind wichtige politische Akteure

Die Kirchen gelten in der DR Kongo als moralische Instanz. Dieses Pfund spielen sie auch politisch immer wieder aus, womit sie sich oft Ärger mit den Machthabern einhandeln. Bereits in der Unabhängigkeitsbewegung spielten christliche Vertreter eine wichtige Rolle. Während der Langzeitdiktatur von Mobutu Sese Seko (1965–1997) sowie dessen Nachfolger Laurent-Désiré Kabila (1997–2001) gehörten sie zu den lautesten Kritikern.

Nach den ersten freien Wahlen in einem Mehrparteiensystem 2006 schlugen die Kirchen einen Neutralitätskurs gegenüber der Politik ein. Mit politischen

Positionierungen hielten sie sich zurück und sprachen sich weder für die Regierung noch für die Opposition aus. Das änderte sich, als Joseph Kabila, der Nachfolger seines verstorbenen Vaters, nach seiner zweiten und damit verfassungsrechtlich letzten Amtszeit 2016 die Macht nicht aus der Hand geben wollte.

In der folgenden politischen Krise vermittelte vor allem die katholische Kirche, die mit rund 50 Millionen Mitgliedern die größte und politisch einflussreichste Kirche ist. Als Kabila die für 2017 anberaumten Neuwahlen verhinderte, rief die katholische Laienbewegung zu Protestmärschen auf, an denen Zehntausende teilnahmen. Die Sicherheitskräfte trieben mit großer Brutalität die Menschen auseinander. Mindestens acht Menschen wurden getötet. Der kürzlich verstorbene Kardinal Laurent Monsengwo sprach damals von einer „Barbarei“ und warf der Regierung „staatsgefährdendes Verhalten“ vor. Der damalige Erzbischof von Kinshasa war einer der größten Kritiker der Politik der verschiedenen Regierungen.

Auch im Zusammenhang mit dem Krieg im Ostkongo melden die Kirchen sich

immer wieder deutlich zu Wort und werfen der Regierung (und auch den UN-Truppen) Unfähigkeit und Unwillen vor, die lokale Bevölkerung zu schützen.

Die Ökumene gibt Rückhalt für das politische Engagement der Kirchen

Am Beispiel der DR Kongo lässt sich gut zeigen, wie wichtig eine internationale Vernetzung für lokale Kirchen sein kann. Aufgrund des Rückhalts durch den Vatikan oder den Ökumenischen Rat der Kirchen können sich Kirchenvertreter in der Regel weiter aus dem Fenster lehnen als zum Beispiel lokale Menschenrechtsorganisationen oder Oppositionspolitiker. Außerdem haben die Kirchen einen sehr guten Zugang zur Basis und können über die Gemeindeebene schnell viele Menschen erreichen.

Gemeinsam mit dem evangelischen Kirchenverband Église du Christ au Congo (ECC) organisierte die katholische Kirche 2019 eine Unterschriftensammlung für Neuwahlen und konnte nach nur wenigen Wochen zwei Millionen Stimmen vorlegen. Für eine Petition hätten laut Verfassung 100.000 Stimmen gereicht.

Mit ihrem Engagement gegen Korruption und für eine gute Regierungsführung machen die Kirchen sich bei den Mächtigen keine Freunde. Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Unterschriftensammlung beispielsweise berichteten die katholischen und evangelischen Kirchenführer von mehreren Fällen, in denen diejenigen, die Unterschriften in verschiedenen Landesteilen gesammelt hatten, immer wieder bedroht und eingeschüchtert worden seien von lokalen Führern und Anhängern politischer Parteien, die in der Durchführung von Wahlen die eigene Macht gefährdet sahen.

Interreligiöse Zusammenarbeit

Als Zeichen der Hoffnung ist sicherlich zu bewerten, dass die Kirchen nicht nur auf ökumenischer Ebene, sondern auch interreligiös den Schulterschluss mit anderen Glaubensgemeinschaften suchen. Anfang 2020 stellten acht Oberhäupter verschiedener Religionen in der DR Kongo ihre bisher lose Zusammenarbeit mit einer gemeinsamen Charta auf eine formelle Grundlage, um bei Themen von nationalem Interesse gemeinsam die Stimme zu erheben. Mit dabei sind der evangelische Kirchenverband Église du

Christ au Congo (ECC) die katholische Kirche, die Kimbanguistenkirche, die orthodoxe Kirche, die Heilsarmee sowie die islamische Glaubensgemeinschaft.

Die regierende Koalition unter Präsident Félix Tshisekedi forderten sie bei dieser Gelegenheit auf, sich endlich für das Wohl des Volkes einzusetzen, die grassierende Korruption zu bekämpfen, für den Schutz der nationalen Grenzen zu sorgen, der Instrumentalisierung der Justiz und der Bandenkriminalität sowie der illegalen Ausbeutung von Rohstoffen ein Ende zu setzen. Auch die katastrophale Sicherheitslage im Osten des Landes prangerten die Religionsoberhäupter an. Sie fordern die Freilassung politisch Gefangener und die Rückkehr exilierter Politiker als Maßnahmen zur politischen Entspannung.

Als informelle Vereinigung hatte diese interreligiöse Plattform bereits seit 1991 bestanden. Angesichts der äußerst schwierigen Lage in der DR Kongo hatte man eine formellere Struktur angestrebt. Auch über den Kongo hinaus wollen die Religionsvertreter der DR Kongo wirken. Im Januar 2020 hatten sich Repräsentanten aller Konfessionen aus der DR

Kongo, der Republik Kongo, aus Ruanda, Burundi, Angola, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik in der Schweiz getroffen, um ein Bündnis zu gründen, das zur Prävention und Beilegung von Konflikten sowie zur Stabilisierung in der Region beitragen will. Da in dem seit Jahrzehnten andauernden Konflikt im Ostkongo auch Milizen aus den Nachbarländern aktiv sind, die von unterschiedlichen Seiten unterstützt werden, ist die überregionale Strategie, welche die Religionsvertreter eingeschlagen haben, ein vielversprechender Versuch.

Ausblick

Als zivilgesellschaftliche Akteure spielen die Kirchen in der DR Kongo eine zentrale Rolle. Darin können sie von der weltweiten Ökumene unterstützt werden, indem zum Beispiel ihre Versöhnungsarbeit

oder ihre Flüchtlingshilfe finanziert wird. Auch stärkt die internationale Aufmerksamkeit für die Konflikte, unter denen die Menschen in Kongo leiden, den Friedensakteuren vor Ort den Rücken. Mit internationaler Rückendeckung können sie sich stärker für den Frieden und den Schutz der Bevölkerung einsetzen und die Regierung zum Handeln auffordern.

Die Kirchen sind außerdem das einigende Band in einer sehr heterogenen Gesellschaft. Sie sind an einem guten Miteinander mit der muslimischen Minderheit interessiert und haben erkannt, dass der weltweit agierende islamistische Extremismus die Gesellschaft in der DR Kongo spalten möchte. In ihrem Engagement für einen interreligiösen Frieden sind sie auf die Unterstützung und Ermutigung von außen angewiesen.

Mosambik – kein Beispiel für Christenverfolgung

Kurzinfo zum Konflikt

Seit 2017 kämpfen in der Provinz Cabo Delgado im Norden von Mosambik islamistische Milizen gegen die Regierung und besetzen immer wieder Städte, Siedlungen und ganze Regionen. Die Regierung versucht bisher erfolglos, mit Söldnern aus dem Ausland sowie der Unterstützung aus Nachbarländern den Aufstand niederzuhalten. Mehr als 2.500 Menschen sind bereits gestorben. Nach Schätzungen der Europäischen Union sollen knapp 800.000 Menschen intern auf der Flucht sein, viele weitere haben Schutz in den Anrainerstaaten gesucht. Das Welternährungsprogramm warnt, dass wegen des anhaltenden Terrors und der zunehmenden Gewalt in der Region bald eine Million Menschen akut von Hunger bedroht sein wird.

Kurzinfo zum Land

- 30 Millionen EinwohnerInnen
- knapp 800.000 km² Gesamtfläche (gut doppelt so groß wie Deutschland).
- Der Süden und die großen Städte des Landes sind überwiegend christlich geprägt (54 Prozent). Im Norden und entlang der Küste leben mehrheitlich zumeist sunnitische Muslime (17,5 Prozent). Vor allem in den ländlichen Regionen sind traditionelle afrikanische Religionen vertreten (28 Prozent).
- Seit 1975 unabhängig. Davor fast 500 Jahre Kolonie, erst unter portugiesischer, später auch unter britischer Herrschaft.

Einleitung

Bis vor wenigen Jahren hat sich um die Religionsfreiheit in Mosambik niemand Sorgen machen müssen. Das Verhältnis zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften ist stabil. Laut Verfassung ist Mosambik ein säkularer Staat und es herrscht Religionsfreiheit. Diskriminierung aus religiösen Gründen ist untersagt. „Es ist jedem Bürger selbst überlassen, ob er seinen Glauben ausübt“ (Art. 54,19). Zwar darf an staatlichen Schulen kein Religionsunterricht stattfinden, Religionsgemeinschaften können aber ohne Probleme eigene Schulen betreiben.

Von den rund 30 Millionen EinwohnerInnen gehört gut die Hälfte dem christlichen Glauben an, 17,5 Prozent sind Muslime. Seit jeher leben sie friedlich miteinander, der gegenseitige Respekt hat Tradition. Doch mit der seit 2017 zunehmenden Gewalt in der nördlichen Provinz Cabo Delgado wächst auch das Risiko, dass die historisch gewachsene religiöse Toleranz innerhalb der Gesellschaft zu bröckeln beginnt.

Christliche Hilfswerke wie Open Doors und Kirche in Not sprechen mittlerweile

von gezielter Christenverfolgung im Norden Mosambiks. Doch dem Konflikt liegen andere als religiöse Gründe zugrunde. In Cabo Delgado kann beobachtet werden, wie in wenigen Jahren ein lokaler Konflikt um Ressourcen zu einem Brennpunkt islamistischen Terrors werden kann. Wer sich für einen nachhaltigen Frieden in Mosambik einsetzen will, muss daher genauer hinschauen.

Ursachen des Konflikts: Benachteiligung, Korruption, Indoktrination

Begonnen hat der Konflikt im Oktober 2017 mit einem Aufstand in der Hafenstadt Mocimboa da Praia im Norden von Mosambik. Eine Gruppe junger Männer besetzte zwei Tage lang den Hafen. Nicht einmal Schusswaffen hatten sie bei sich. Sie wollten ihrer Frustration Ausdruck verleihen, dass ihre Generation keine Perspektiven hat und vom erwarteten Wirtschaftsboom in der Region ausgeschlossen ist.

Einige Jahre zuvor war vor der Küste Mosambiks eines der größten Gasfelder der Erde entdeckt worden. Im Landesinneren hatte man außerdem enorme Edelmetallvorkommen ausgemacht. Die

Hoffnungen waren groß, dass es in der Region, die bisher zu den ärmsten in Mosambik zählte, endlich aufwärts gehen würde. Doch die Konzessionen für die Gasförderung und die Edelsteinminen vergab die Regierung in Maputo an ausländische Firmen. Lokale Bergarbeiter, die bisher in kleinem Stil Rubine geschürft hatten, wurden vertrieben; Bauern, die ihre Felder über den Edelstein führenden Gesteinsschichten hatten, wurden umgesiedelt.

Gleichzeitig passierte in der mehrheitlich muslimischen Provinz das, was auch in anderen muslimischen Regionen Afrikas schon viele Jahre zuvor passiert war. Junge Prediger, die in Ägypten, Katar, Saudi-Arabien oder Südafrika eine strenge Auslegung des Islam studiert hatten, bauten nach ihrer Rückkehr in die Heimat mit Spendengeldern aus dem Ausland neue Moscheen, griffen armen Familien unter die Arme und lehrten die Gläubigen, dass eine Gesellschaft unter der Scharia fairer sei als das, was sie bisher unter der säkularen Regierung im fernen Maputo erlebten. Sie verdrängten die lokalen Imame, die den Koran tolerant und barmherzig auslegten, und sagten ihnen nach, mit der korrupten Machtelite rund

um die seit der Unabhängigkeit 1975 regierende Frelimo-Partei gemeinsame Sache zu machen.

Von einem lokalen Konflikt zum Brennpunkt islamistischen Terrors

Die Besetzung des Hafens im Oktober 2017 dauerte nicht lange. Nach zwei Tagen hatten Polizei und Regierungstruppen die Lage wieder im Griff. Doch der eigentliche Aufstand war damit nicht beendet. Vielmehr bekamen die Aufständischen immer mehr Zulauf. Die Frustration über die Perspektivlosigkeit wuchs vor allem unter den jungen Männern, die ohne Arbeit waren. In der Folgezeit kam es zu weiteren Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Dabei nahm keine der beiden Konfliktparteien Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Muslime und Christen gerieten immer wieder zwischen die Fronten.

Mit der Zeit mehrten sich die Anzeichen, dass die Aufständischen von ausländischen Kämpfern unterstützt wurden wie zum Beispiel den Al-Shabaab-Milizen in Somalia. Immer häufiger tauchten bei den Überfällen die schwarzen Fahnen des Islamischen Staats auf. Unter dem

Namen „Islamischer Staat in Mosambik“ (IS-M) bekannten sich die Kämpfer im Juni 2019 offiziell zum Islamischen Staat (IS), der Dachorganisation der weltweiten Dschihadisten-Bewegung. Der IS verkündete in einer Pressemitteilung, dass IS-M nun Teil des Islamischen Staats in der neu gegründeten zentralafrikanischen Provinz (ISCAP) sei. Gleichzeitig reklamierte der IS offiziell die Verantwortung für 30 Anschläge im Norden Mosambiks.

Wie eng die Verbindungen zwischen den Kämpfern in Mosambik und den IS-Führern tatsächlich sind, konnte bisher nicht geklärt werden. Eine Studie des Internationalen Zentrums für Radikalisierungsstudien am King's College in London kommt zu dem Schluss, dass es eine Art versteckte formale Kommunikation zwischen dem Netzwerk in Mosambik und dem IS als globaler Bewegung gebe. Beide Seiten profitierten von der gegenseitigen Propaganda.

Seit Anfang 2020 nehmen die Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu. International für Schlagzeilen sorgte der Sturm der Dschihadisten auf die Hafenstadt Mocimboa da Praia im August 2020, bei

dem es ihnen gelungen war, auch den für die Gasförderung wichtigen Hafen einzunehmen. Die zahlreichen Angriffe und Plünderungen von Dörfern haben es in den letzten anderthalb Jahren eher selten in die internationalen Medien geschafft. Im April 2020 wurden 52 Menschen bei Überfällen im Distrikt Muidumbe getötet. Ende Oktober 2020 wurden sechs Dörfer im gleichen Distrikt angegriffen, geplündert und 20 Menschen enthauptet, darunter 15 Jugendliche. Im März 2021 griffen die Dschihadisten die Stadt Palma an und töteten hunderte von Menschen. Knapp 70.000 BewohnerInnen mussten fliehen.

Experten gehen davon aus, dass es den Kämpfern bei den Überfällen vor allem um zwei Dinge gehe: Sie wollen Raubgut erbeuten, mit dem sie ihren Eigenbedarf an Lebensmitteln abdecken und ihren Kampf finanzieren. Zum anderen entführen sie Kinder und Jugendliche. Die Jungen sollen zu Kämpfern ausgebildet werden und die Mädchen werden an Kämpfer verheiratet, zur (Sex-)Sklaverei gezwungen oder ins Ausland „verkauft“. Wer sich weigert, mit ihnen mitzugehen, riskiert enthauptet zu werden. Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass mitt-

lerweile Hunderte Kinder und Jugendliche verschleppt wurden.

Werden in Mosambik gezielt Christen verfolgt?

Christliche Hilfswerke wie Open Doors oder Kirche in Not berichten in ihren Newslettern von Übergriffen und Plünderungen speziell auf Christinnen und Christen, die in der Unruheregion in der Minderheit sind. In ihren Berichten konzentrieren sie sich auf die christlichen Opfer, berichten von der Zerstörung von Kirchen und von der Entführung von Ordensleuten. Der Schweizer Ableger von Open Doors rief im Juli 2020 gezielt zur Unterstützung von traumatisierten Christen auf. Hunderte von christlichen Familien seien in Not. Mosambik sei eines der Länder, das kurz vor dem Einzug in den Weltverfolgungsindex stehe, mit dem Open Doors jedes Jahr ein Ranking der Länder veröffentlicht, in denen nach Angaben des Hilfswerks ChristInnen verfolgt werden.

Auch die Dschihadisten selbst behaupten immer wieder, es besonders auf Christen abgesehen zu haben. Journalisten vor Ort und Mitarbeitende von Hilfsorga-

nisationen bezweifeln allerdings, dass dies tatsächlich deren Strategie ist. Sie berichten, dass die Kämpfer zwischen den Opfern keine Unterschiede machten. Von den Terrorattacken seien sowohl Christen als auch Muslime betroffen. Experten gehen davon aus, dass die Selbstdarstellung des IS-M, gezielt Christen zu verfolgen, Propaganda ist, mit der neben Angst und Schrecken auch internationale Aufmerksamkeit erzeugt werden soll und ein Keil in die ansonsten religiös tolerante Gesellschaft des Landes getrieben werden soll.

In der Öffentlichkeit in Mosambik wird der Konflikt bisher nicht als ein religiöser Konflikt wahrgenommen. In den sozialen Medien wird das Geschehen in Cabo Delgado als ein Versagen des Staates gesehen, der nicht in der Lage ist, seine eigene Bevölkerung zu schützen.

NGOs, lokale Medien und Menschenrechtsorganisationen kritisieren immer wieder das mitunter sehr harte Vorgehen der Regierungskräfte gegenüber der muslimischen Bevölkerung, die bereits seit vielen Jahrzehnten marginalisiert wird und von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bisher abgehängt

war. Immer wieder kommt es im Norden des Landes zu willkürlichen (Massen-) Verhaftungen von Musliminnen und Muslimen, die durch das Tragen von Kopftuch oder Bart sichtbar machen, dass für sie der islamische Glaube relevant ist.

Internationale Reaktionen: Einmischung, ja oder nein?

International findet der Konflikt in Cabo Delgado immer größere Aufmerksamkeit. Das Nachbarland Tansania ist alarmiert, nachdem auch Dörfer in der Grenzregion überfallen wurden. Beobachter sehen Anzeichen für eine „Irakisierung“ der Region. Denn offenbar hat der mosambikanische Staat in diesem Teil des Landes die Kontrolle verloren. Andere ziehen Vergleiche zu Boko Haram in Nigeria.

Seit einiger Zeit wird auch auf internationaler Ebene darüber diskutiert, welche Unterstützung Mosambik braucht. Mittlerweile hat die Südafrikanische Staatengemeinschaft (SADC) Truppen entsendet. Frankreich, Portugal und die USA haben ihre Unterstützung angeboten. Und die Europäische Union diskutiert

eine militärische Ausbildungsmission für die mosambikanische Armee.

Doch genau vor einer solchen Einmischung warnen Kenner der Region. Für den langjährigen BBC-Korrespondenten Joseph Hanlon besteht die Gefahr, dass aus Mosambik ein „afrikanisches Afghanistan“ werden könnte. Und die beiden großen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor bezeichnen die Lage in Mosambik viel zu undurchsichtig, um sich von außen einmischen zu können. Sie warnen davor, dass dadurch die Situation für die Menschen im Land nur noch auswegloser werden könnte.

Zum einen verfüge die Region über riesige Gas- und Kohlevorkommen. Zum anderen böten extreme Armut, die systematische Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen seit der Kolonialzeit, die Interessenkonflikte von lokalen, regionalen und internationalen Mächten sowie von internationalen Gaskonzernen in der Provinz Cabo Delgado einen Nährboden für radikale islamistische Gruppen. Außerdem würden brutale Taten sowohl von den Milizen als auch von der mosambikanischen Armee begangen.

Dass islamistische Kräfte tatsächlich versuchen, ihren Einfluss in Mosambik auszubauen, bestreiten die Hilfswerke nicht. Anders als von der mosambikanischen Regierung behauptet, seien die bewaffneten Gruppen aber zumeist „keine ‚Terroristen‘, ‚Extremisten‘ oder ‚Dschihadisten‘, sondern in der Mehrheit junge Bewohner der Provinz, die aufgrund von Armut, fehlender Bildung und geringen beruflichen Chancen sowie insgesamt fehlenden Perspektiven in den bewaffneten Kampf ziehen“, sagt Helle Dossing, Afrika-Abteilungsleiterin bei Brot für die Welt. „Diese Menschen brauchen Alternativen, sie brauchen Hilfe.“ Eine Ausweitung des Konflikts werde die Lebensbedingungen der Bevölkerung nur noch weiter verschlechtern.

Interreligiöse Antworten

Mosambik hat eine lange Tradition des friedlichen Miteinanders von Christen und Muslimen. Die Gewalt, die seit einigen Jahren im Norden des Landes geschieht, wird von prominenten muslimischen Geistlichen immer wieder deutlich verurteilt. Sie stellen öffentlich klar, dass dies mit den Werten des Islam nichts zu tun habe. Am 26. September

2020 hatten muslimische und christliche Geistliche zu einem landesweiten gemeinsamen Gebet für den interreligiösen Frieden eingeladen. Einig waren sie sich, dass das gute Miteinander der Religionen ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes ist.

Andere Initiativen setzen sich ebenfalls aktiv für Toleranz ein. So hat zum Beispiel eine Initiative aus zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen im letzten Sommer Lebensmittelpakete landesweit in Kirchen, Moscheen und Gemeindezentren an Familien ausgegeben, die besonders von den Folgen der Corona-Krise betroffen waren. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Familien muslimisch, christlich oder animistisch geprägt waren. Allein 50 Tonnen Fleisch wurden bei dieser Aktion verteilt.

Im November 2020 gründeten der katholische Bischof Luiz Fernando Lisboa von der Diözese Pemba und der islamische Führer Nassuralah Dula eine interreligiöse Initiative, die sich um die Flüchtlinge und Vertriebenen in der Region kümmert und gemeinsam nach Lösungen sucht.

Auch hat die Gemeinschaft Sant Egidio im Dezember 2020 eine Gruppe von religiösen Führern und Vertretern der Zivilgesellschaft aus Mosambik zu einem Symposium eingeladen, bei dem es um den gesellschaftlichen Frieden und den sozialen Zusammenhalt ging.

Ausblick

Um die Situation im Norden Mosambiks wieder in den Griff zu bekommen, muss sich die Regierung stärker für die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Krisenregion einsetzen. Jede Unterstützung von außen muss daraufhin geprüft werden, mit welchen Interessen sie ins Land gebracht wird. Des Weiteren müssen dringend die sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Norden des Landes an der Wurzel angegangen werden. Die jahrzehntelange Benachteiligung von

Bevölkerungsgruppen und ihre Ausgrenzung von der wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe muss dringend beendet werden.

Muslimische Geistliche verurteilen bereits die Gewalt im Namen von Religion. Sie werden sich weiterhin klar und eindeutig von den radikalen Kräften distanzieren und gemeinsam mit den Vertretern der christlichen Gemeinschaft zum Frieden aufrufen und sich für religiöse Toleranz einsetzen müssen. Dabei sind sie auf die Ermutigung ihrer Geschwister im Ausland angewiesen.

Damit Mosambik weiterhin ein religiös tolerantes Land bleibt, braucht es vermehrt Angebote, die das interreligiöse Zusammenleben ganz konkret fördern. Auch hier können Kirchen weltweit eine unterstützende Rolle spielen.

Tansania – fragiler Friede zwischen den Religionen

Kurzinfo zum Konflikt

Tansania galt lange Zeit als afrikanisches Vorzeigeland für ein gutes Miteinander von Christen und Muslimen. Eine Anschlagsserie auf Kirchen und Priester 2012/2013 machte aber deutlich, dass es dennoch Spannungen zwischen den Religionsgruppen gibt. Auch wenn es in den letzten Jahren keine schlimmeren Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen in Tansania gegeben hat, darf nicht übersehen werden, wie fragil der interreligiöse Friede ist. Hinzu kommt, dass die Regierung, die lange die freie Religionsausübung und das friedliche Miteinander gefördert hat, versucht, immer mehr die Kontrolle über die Religionsgemeinschaften zu bekommen. Und schließlich schwappt aus dem südlich angrenzenden Mosambik der internationale Islamismus nach Tansania. Das sind alles keine guten Perspektiven für den Religionsfrieden in Tansania.

Kurzinfo zum Land

- 63 Millionen EinwohnerInnen
- 947.000 km² (knapp drei Mal so groß wie Deutschland)
- Christen etwa 60 Prozent; Muslime etwa 30 Prozent; ethno-religiöse Gruppen und andere etwa 10 Prozent. Diese Zahlen sind allerdings reine Schätzwerte, die auf den letztmals 1967 erhobenen Angaben zur Religionsverteilung beruhen. Seither wird bei Volkszählungen nicht mehr nach der Religionszugehörigkeit gefragt. Die Schätzungen, wie groß die muslimische bzw. die christliche Bevölkerungsgruppe heute tatsächlich ist, unterliegen beträchtlichen Schwankungen, je nachdem welche Gruppe die Mehrheit für sich reklamieren möchte.

Allgemeine Entwicklung

Tansania hat eine lange Tradition des friedlichen Miteinanders von Christen und Muslimen. Ein Grund dafür ist sicher die Tatsache, dass sich die christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen in Tansania so verteilen, dass es sowohl Regionen mit einer deutlichen muslimischen Mehrheit (Küstenregion und Sansibar) gibt als auch Regionen, in denen die ChristInnen die überwiegende Mehrheit darstellen (Binnenland). Entsprechend gibt es für beide Religionsgemeinschaften auch Situationen, in denen sie sich in der Minderheit befinden und auf ein gedeihliches Miteinander mit dem jeweils anderen angewiesen sind. Seit einigen Jahren untergraben verschiedene Faktoren dieses Miteinander. Hinzu kommt, dass die Politik sich zunehmend mehr Möglichkeiten der Kontrolle über die Religionsgemeinschaften verschafft.

Einschränkungen durch den Staat

Laut der Verfassung von 1977 ist Tansania ein säkularer Staat, in dem jeder Mensch das Recht auf Gewissens- und Glaubensfreiheit hat und auch zu einer anderen Religion wechseln kann. Nie-

mand darf aufgrund seines Glaubens diskriminiert werden. Der säkulare Charakter des Staates wird zudem dadurch untermauert, dass bei Wahlkämpfen keine Botschaften vermittelt werden dürfen, die auf Stammesdenken oder religiösen Vorurteilen basieren.

Alle religiösen Organisationen müssen sich registrieren lassen, wobei die Namen von mindestens zehn Mitgliedern, eine schriftliche Satzung, die Lebensläufe der Leiter der Organisation sowie ein Empfehlungsschreiben des Präfecten jenes Distrikts vorzulegen ist, in dem die Organisation ansässig ist. Muslimische Organisationen müssen noch eine weitere Zulassung einholen, auf dem Festland vom Nationalrat der Muslime in Tansania (Bakwata) und in Sansibar vom örtlichen Mufti.

Diese allgemeine Registrierungsregel, die es in vielen Ländern gibt, wird von der Regierung zunehmend zum Kontrollinstrument umfunktioniert. Im Juni 2019 brachte die Nationalversammlung einige Gesetzesänderungen auf den Weg, die nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Vereini-

gungsfreiheit beschränken werden. Amnesty International kritisierte, dass diese Änderungen „in unzulässiger Weise die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen behindern und der Zensur Vorschub leisten werden“.

Das neue Gesetz wurde im Juni 2020 verabschiedet. Es räumt den Behörden bei der Beurteilung und Überprüfung von zivilgesellschaftlichen Organisationen weitgehende Befugnisse ein. Nach Ansicht des tansanischen Rechtsexperten Jebra Kambole führen sie dazu, dass die staatliche Registrierungsstelle Kirchen, Moscheen und anderen Einrichtungen ohne Angabe von Gründen die Zulassung verweigern kann.

Nicht nur in Tansania, sondern auch in anderen Ländern Afrikas stellen Kirchen oft den Raum dar, in dem Regierungskritik und oppositionelle Ideen Platz finden. Entsprechend gefährlich können sie für die Machthaber werden. Nach Auffassung der Regierung in Dar es Salaam haben die Kirchen aber allein die Aufgabe, den Glauben weiterzugeben und die Bibel zu lehren. Sie sollen sich nicht in die Politik einmischen.

Allerdings ist die Frage berechtigt, ob eine derart scharfe Trennung von Politik und Religion, wie sie in Tansania von politischen Kräften befürwortet wird, in der Praxis überhaupt umsetzbar ist. In Tansania gibt es zahlreiche Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen und Schulen, die von Religionsgemeinschaften betrieben werden. Wer sich aber sozialdiakonisch oder im Bildungsbereich engagiert, ist zwangsläufig auch von den allgemeinen Rahmenbedingungen, die der Staat verantwortet, abhängig. So sagte Bischof Benson Bagonza von der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Tansania bereits 2018 in einem Interview mit der Deutschen Welle: „Wenn die Kirchen Krankenhäuser und Schulen bauen, Trinkwasser zur Verfügung stellen und sich um die Kranken kümmern, gibt es keine Widerworte. Wenn sie aber fragen, warum es in den Krankenhäusern keine Medikamente gibt, wird ihnen vorgeworfen, sich in die Politik einzumischen.“

Wie schwer es für Kirchen ist, sich nicht in die Politik einmischen zu dürfen, zeigt die Corona-Pandemie. Unter Präsident John Magufuli, der im März 2021 vermutlich selbst an Covid 19 gestorben ist,

gehörte die tansanische Regierung zu den großen Corona-Leugnern. Von Beginn an hatte Magufuli das Virus als eine Erfindung ausländischer Kräfte abgetan, die Tansania seiner Reichtümer berauben wollten. Folglich wurden keine Abstandsgebote eingeführt und das Tragen von Masken verboten. Auch wurde es allen untersagt, über Corona zu reden. Wer es trotzdem tat, galt als oppositionsnah.

Im Frühjahr 2020 hatte der Präsident, der selbst zu einer charismatischen Freikirche gehört, die Bevölkerung durch einen dreitägigen Gebetsmarathon gegen das Virus geführt und daraufhin das Land für Corona-frei erklärt. Damit hatte er seine Rolle als Politiker in dem eigentlich säkularen Staat deutlich überschritten und die Kirchen in die Bredouille gebracht. Einerseits konnten sie als Kirchen nicht anders, als Aufrufe zum Gebet gegen das Virus zu unterstützen. Zum Maskentragen in Gottesdiensten oder bei anderen kirchlichen Veranstaltungen aber durften sie nicht aufrufen.

Erst als die Zahl der Corona-Toten massiv zunahm und selbst hohe Regierungsbeamte und Militärangehörige ganz unerwartet starben, räumte Magufuli Ende

Januar 2021 ein, dass das Land vielleicht doch ein Corona-Problem haben könnte. Maskentragen wurde fortan geduldet. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche im Land wagten sich schließlich aus der Deckung und riefen die Menschen auf, den Ratschlägen von Gesundheitsexperten zu folgen und die Hygienemaßnahmen einzuhalten.

Religiöse Spannungen schwelen im Untergrund

In Tansania ist Religion im Allgemeinen kein spaltender Faktor. Christlich-muslimische Mischehen sind nichts Außergewöhnliches. Auch werden Kinder aus solchen Ehen nicht stigmatisiert. Ebenso ist es nicht ungewöhnlich, wenn Muslime einen originär christlichen Namen tragen und Christen einen muslimischen Namen. Zu zentralen religiösen Feiern laden sich befreundete Familien und Nachbarn mit großer Selbstverständlichkeit gegenseitig ein.

Allerdings gibt es im säkularen Tansania seit Jahrzehnten auch immer wieder Diskussionen darüber, ob Muslime benachteiligt werden, sei's beim Zugang zu Bildung und wirtschaftlichen Ressourcen,

sei's bei der politischen Teilhabe. Während der Präsidentschaft von Ali Hassan Mwinyi (1985–1995), der selbst Muslim ist, gab es ähnlich gelagerte Beschwerden von christlicher Seite. Zu direkten Gewaltausbrüchen haben solche Diskussionen aber nie geführt.

Dass es im vielfach als vorbildlich bezeichneten christlich-muslimischen Miteinander in Tansania aber auch tief liegende Spannungen gibt, wurde spätestens 2012 deutlich. Insbesondere der Herbst jenes Jahres war geprägt von gewaltsamen Auseinandersetzungen, die der Auftakt für eine ganze Serie von Anschlägen werden sollten. So verwüstete im Oktober 2012 eine Gruppe um den muslimischen Scheich Faridi Hadi Ahmed mehrere Kirchen im Distrikt Temeke in der Region Dar es Salaam. Anlass war, dass ein christlicher Junge auf einen Koran uriniert hatte. Zur gleichen Zeit wurde eine Kirche in der westlichen Region Kigoma niedergebrannt.

Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei gab es damals auch auf Sansibar, nachdem ein prominenter Scheich zur Abspaltung Sansibars von Tansania aufgerufen hatte. Bars und Ge-

schäfte, in denen Alkohol verkauft wurde, wurden niedergebrannt. Da der Genuss von Alkohol Muslimen nach dem Koran verboten ist, ist der Alkoholverkauf in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften oft den Christen vorbehalten.

Im Dezember 2012 wurde in Sansibar ein Anschlag auf einen katholischen Priester verübt, ein anderer Priester wurde im Februar 2013 vor seiner Kirche in Mtoni erschossen. In Arusha starben im Mai des gleichen Jahres bei einem Bombenanschlag auf eine katholische Kirche drei Menschen, 60 weitere wurden verletzt. In Geita wurde im Juni 2013 ein Pfarrer der Assemblies of God ermordet. Und zwei britische Volontärinnen wurden im August 2013 in Sansibar Opfer eines Säureanschlags. Im gleichen Monat wurde ein Brandanschlag auf eine Evangelisch-Lutherische Kirche in Dar es Salaam verübt, im September wieder ein Säureanschlag auf einen katholischen Priester in Sansibar.

Doch nicht nur Christen wurden Opfer von Anschlägen. Auch Muslime litten unter der zunehmenden Gewalt. Im April 2013 musste die Polizei im Süden Tansanias 200 Christen mit Tränengas

auseinandertreiben, die eine Moschee anzünden wollten nach einem Streit, bei dem es um das Schlachten von Tieren gegangen war. Und im Dezember 2013 wurde der Sekretär des Muftis von Sansibar Opfer eines Säureanschlags.

Diese interreligiösen Konfrontationen lassen sich nicht einfach mit einer zunehmenden religiösen Radikalisierung erklären. Denn weder Christen noch Muslime bilden einen homogenen Block in Tansania. Innerhalb beider Religionsgruppen existieren unterschiedliche Strömungen, die sich nicht nur in theologischen Fragen voneinander unterscheiden, sondern auch in ihrer Sicht auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft. Problematisch ist zudem, dass es in den meisten Fällen keine Strafverfolgung gibt bzw. die Öffentlichkeit nicht erfährt, wer hinter den Anschlägen steckt. Häufig sind weder die Täter noch ihre Motive bekannt und werden auch nicht zur Rechenschaft gezogen.

Nach der Welle von Anschlägen 2012/2013 blieb es einige Jahre ruhig. Dass die Spannungen weiterbestehen, wird aber immer wieder an kleineren Beispielen deutlich. So wurden bei-

spielsweise in Sansibar im Mai 2018 der Bischof der pfingstlichen Missionsgesellschaft Pentecostal Evangelistic Fellowship of Africa und dessen Tochter während eines Gottesdienstes verhaftet. Sie kamen zwar am nächsten Tag wieder frei, wurden aber aufgefordert, die Kirche zu schließen. Muslimische Geistliche hatten sich darüber beschwert, dass es bei den christlichen Gottesdiensten zu laut zugegangen sei.

Auch die Pfingstbewegung Pentecostal Assemblies of God (PAG) geriet 2018 in Streit mit Muslimen in Sansibar über die geplante Errichtung einer Kirche. Vertreter der Kirche warfen den muslimischen Behördenvertretern vor, ihnen die freie Ausübung ihres Glaubens zu verweigern, und berichteten gegenüber den Medien, dass ihre Gemeinde von Muslimen bedroht werde.

Ausblick

Wer die langfristige Entwicklung des christlich-muslimischen Miteinanders in Tansania betrachtet, sieht, wie fragil der Friede ist. Damit Kräfte aus dem Ausland, die auch schon in anderen Ländern die Spaltung der Gesellschaft zum Ziel

haben, in Tansania nicht an Einfluss gewinnen, sollten insbesondere die Kräfte im Land gestützt werden, die sich bewusst für ein gedeihliches Miteinander von Muslimen und Christen einsetzen. Kirchliche Partner sollten ermutigt werden, den Dialog mit ihren muslimischen Kollegen zu suchen und zu pflegen. Dies ist umso wichtiger, weil jenseits der südlichen Grenzen des Landes islamistische Milizen immer stärker werden. Im Oktober 2020 hatten von dort aus rund 300 IS-Kämpfer das Dorf Kitaya in der tansanischen Grenzregion Mtwara über-

fallen. 23 Menschen wurden getötet. Die Küstenregion Mtwara ist für die tansanische Gasförderung bedeutend.

Besorgniserregend ist außerdem die extreme Jugendarbeitslosigkeit sowie die Armut und Perspektivlosigkeit der jungen Menschen, die bereits zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen. Auch der Boom im Rohstoffsektor, von dem die Bevölkerung ausgeschlossen bleibt, trägt zu einer Verstärkung der allgemeinen Anspannung bei.

Das Gleichnis vom Senfkorn

Markus 4,30-32



Tingatinga-Malerei aus Tansania

Das Bild kann auf der Homepage der Landeskirche unter Oberkirchenrat, Dezernat 1 Theologie, Mission, Ökumene

und kirchlicher Entwicklungsdienst in Farbe heruntergeladen werden.

Das Gleichnis vom Senfkorn aus Markus 4,30-32 ist vielen Christinnen und Christen in Tansania gut bekannt. Bekannt ist auch, dass Samenkörner in vielen Familien bei uns eine wichtige Rolle spielen. In meinem eigenen Stamm „Nyamwezi“, einem Stamm aus dem westlichen Zentral-Tansania, haben wir einen besonderen Brauch für junge Menschen, wenn sie heiraten und ihr gemeinsames Leben beginnen, Sobald die übliche Regenzeit bevorsteht, sammeln die Eltern von beiden Seiten des jungen Paares allerlei Arten von Samenkörnern und geben sie dem neu verheirateten Paar, damit es diese aussäht, wenn die Regenzeit beginnt.

Dies dient als Hilfe, einen Hausstand zu gründen, in dem die Nahrung nicht ausgeht. Hinter der Vorstellung, dass die Nahrung nicht ausgehen soll, steht, dass dieses Zuhause viele Menschen zu einem Besuch anregen kann, die sich sicher sind, dass es dort Nahrung gibt. Die Leute besuchen das Zuhause als ein Zeichen der Einheit, in dem sich das gesellschaftliche Zusammenleben widerspiegelt.

Das Leben in Afrika wird gemeinschaftlich geführt, wobei die Menschen sich aufeinander verlassen und voneinander abhängen. Der afrikanische Philosoph John Mbiti (1979)* hat diese Philosophie Afrikas treffend so ausgedrückt: „Ich bin, weil du bist, und deshalb sind wir“.

Diese Philosophie Afrikas spiegelt sich gut hier in dem Bild der Künstlerin aus Tansania. Dieses Bild stellt das echte afrikanische Leben dar mit den Vögeln im großen Baum, die glücklich aussehen und einander ansehen als Zeichen von Liebe, Einheit und Gemeinschaft. Der Baum ist offensichtlich sehr groß und bietet Platz für alle. Und dieser Baum kommt aus einem sehr kleinen Samenkorn, das zu einem großen Baum wächst.

Darüber denkt das Gleichnis vom Senfkorn nach: das Samenkorn ist winzig, aber nachdem es gesät wurde, wächst es zu einem großen Baum, der allen Schatten bietet. Das ist die Botschaft vom Königreich Gottes, gepflanzt durch Gottes Wort. Und das Wort hat die Kraft, zu wachsen und sich auszubreiten und schließlich viele Menschen zu erreichen.

* John Mbiti, Introduction to African religion. Oxford [England]; Portsmouth, N.H., USA : Heinemann Educational Books, 1991

Menschen, die das Wort Gottes hören, sind vereint in der Liebe Christi. Und diese Liebe kann sich ausbreiten und eine Familie von Glaubenden schaffen, die in Liebe und Gemeinschaft zusammenkommen. Daher sind wir als Christen und Christinnen dazu aufgerufen, einander zu lieben, füreinander zu sorgen, in

Gemeinschaft zu leben und allen Lebensraum zu bieten. Wir sind vereint in der Liebe Christi, daher sollten wir einander lieben. Wie Vögel im Schatten des einen Baumes beieinanderbleiben können, so passt es zum Leib Christi, in Harmonie zusammen zu leben.

Gottesdienst

26. Dezember 2021, Christfest II, 2. Weihnachtstag, Tag des Erzmärtyrers Stephanus

Glockengeläut

Musik zum Eingang

Lied

EG 9,1-5

Votum

Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserm Vater, und dem Herrn Jesus Christus!

Gesungenes einfaches Amen

Begrüßung

Als Christinnen und Christen sind wir weltweit verbunden mit unseren Geschwistern. Wir sind an sie gewiesen, dass wir ihr Leid und ihre Not im Gebet vor Gott bringen und sie auf jede Art unterstützen und ihnen beistehen. Heute ist der Gedenktag des heiligen Stephanus, des ersten Märtyrers, von dem im neuen Testament die Rede ist.

Wir stellen uns unter das Wort aus Johannes 14,27: „Jesus spricht: Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht!“

Psalmgebet

Psalm 91 EG 736

Ehr sei dem Vater

Eingangsgebet

Guter Gott, heute denken wir an unsere Schwestern und Brüder weltweit, die um Deines Namens willen verfolgt und bedrängt werden. An alle die, die um ihres Glaubens willen Not und Benachteiligung erleiden müssen. Zeige uns, dass diese, unsere Geschwister, nicht verloren und vergessen sind, sondern dass Du sie beschützt und behütet. Und gib uns Weisheit, Kraft und Mut, für sie einzustehen, um sie zu kämpfen und ihnen zu helfen. Amen

Stilles Gebet

Amen

Schriftlesung

Johannes 1, 43-51

Lied

EG 37, 1-4

Predigttext

Jeremia 26, 1-13

Predigt

Liebe Schwestern und Brüder,

Mwanakondoo Ameshinda – Tumfuate! So lautet auf Suaheli das Motto der weltweiten Herrnhuter Brüdergemeine: Unser Lamm hat gesiegt – lasst uns ihm folgen! In Tansania wird diese Losung oft mehrfach im Gottesdienst laut gerufen, und es klingt für unsere Ohren anfangs befremdlich, wenn die ganze Gemeinde mit erhobener Faust aus voller Kehle mit „Tumfuate“ antwortet. Aber es ist nicht als Kampfpparole gemeint. Es wird als gegenseitige Ermutigung und als Zeichen der Verbundenheit im gemeinsamen Dienst verstanden, als Bekenntnis und auch als dankbarer Moment der

Befreiung aus der Anspannung der mühevollen Lebensumstände. Es soll die Furcht nehmen und einander vergewissern, dass wir in unserem Leben als Christen nie allein sind, sondern in einer Gemeinschaft, die Jesus Christus zum Beistand hat, von ihm Orientierung, Kraft und Zuversicht bekommt. Fürchtet euch nicht, Jesus Christus ist bei uns, was immer auch geschieht.

„Fürchte dich nicht vor ihnen“, das ist auch die Botschaft, die sich durch das Leben des Propheten Jeremia zieht. Jeremia war sein Leben lang immer wieder von Verfolgung bedroht, weil er unbequeme Wahrheiten verkünden musste. Selbst bei Angehörigen seines eigenen Volkes war er ausgesprochen unbeliebt und wurde oft angegriffen. Mehrere Jahre musste er in abgelegenen Verstecken verbringen. In einer Zeit des Niedergangs des Königreiches Juda im 7. Jahrhundert versuchte er im Auftrag Gottes mit seinen kritischen Predigten die Gefahren abzuwenden, die Juda von innen und außen bedrohten. Jeremia klagte nicht nur die Verehrung fremder Götter an, sondern auch Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Als er die Zerstörung Jerusalems voraussagte, weckte das nicht nur den Zorn der Priester, sondern vieler Zeitgenossen im Land. Besonders, weil er den Eingang zum Tempel als Ort für seine prophetischen Reden wählte. Er wird einmal gar in einen leeren Brunnen geworfen, wo er im Schlamm versinkt und fast umkommt. Aber er bleibt trotz schlimmer Phasen der Verzweiflung unbeirrt bei seinem prophetischen Auftrag. Und er sollte recht behalten, Jerusalem wurde schließlich vom babylonischen König Nebukadnezar eingenommen und der Tempel zerstört.

Wir erinnern uns am Stephanustag an die Menschen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Verkündigung und ihrer Treue zu Gott verfolgt wurden. Und wir denken an diejenigen, die auch heute in vielen Ländern unter Verfolgung und Diskriminierung leiden. Die Geschichten von Menschen in der Bibel und in der Kirchengeschichte, die dennoch Gottes Auftrag und ihrem Gewissen gefolgt sind, geben vielen verfolgten Christen unserer Zeit Zuversicht und Kraft. Aber es verlangt in Ländern, wo es gefährlich ist, aus christlicher Verantwortung öffentlich Stellung zu beziehen und Unrecht zu kritisieren, sehr viel Mut, diesen Beispielen zu folgen. Jesus und Stephanus, Jan Hus,

Dietrich Bonhoeffer und viele andere mussten wegen ihrer konsequenten Glaubens-treue sterben.

Ist es da nicht besser, den Mund zu halten und auf bessere Zeiten zu warten, sich anzupassen und zu sagen, was erwartet oder verlangt wird? Oder wenigstens diplomatisch zu formulieren und Konfrontation zu vermeiden? Ein Prophet wie Jeremia kann das nicht. Seine Berufung ist es, mit klaren Worten zu verkünden, was Gott ihm aufträgt, ohne etwas auszulassen. Ausgesucht hat es sich das nicht. Seine Berufungsgeschichte wird im ersten Kapitel des Jeremiabuches erzählt. Damals, noch sehr jung, sträubt er sich lange gegen seine Lebensaufgabe, denn er ahnt, wie schwierig und gefährlich es wird. Damals beauftragt und ermutigt Gott ihn, indem er zu ihm spricht: „Fürchte dich nicht vor ihnen; denn ich bin bei dir und will dich erretten. Und der Herr streckte seine Hand aus und rührte meinen Mund an und sprach zu mir: Siehe, ich lege meine Worte in deinen Mund. Siehe, ich setze dich heute über Völker und Königreiche, dass du ausreißen und einreißen, zerstören und verderben sollst und bauen und pflanzen.“ (Jeremia 1, 7-10)

An diese Berufungserfahrung wird sich Jeremia oft erinnert haben, wenn er angefeindet und verfolgt wurde. Auch jetzt, am Tempeltor in Jerusalem, kann er den erstaunlichen Mut sicher nur aufbringen, weil er dieses „Fürchte dich nicht vor ihnen“ noch immer im Ohr hat.

Vielleicht muss man, wie Jeremia, dafür geboren sein, die Wahrheit zu sagen, auch wenn es gefährliche Folgen hat, und die Angst überwinden zu können. Nur wenige Menschen haben in der Zeit der Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts den Mut aufgebracht, sich gegen das Regime zu stellen und die Konsequenzen zu tragen. Die meisten von uns hätten wahrscheinlich auch geschwiegen.

Hier in unserem Land ist es heute vergleichsweise ungefährlich, die Stimme zu erheben gegen Unrecht und Menschenfeindlichkeit. Und doch gehört auch bei uns Mut dazu, lauten Parolen von Extremisten, antisemitischen Äußerungen oder rassisti-

schen Phrasen entschieden zu widersprechen. Es ist anstrengend, das Gespräch mit Verschwörungstheoretikern zu suchen oder fremdenfeindlichen Bemerkungen etwas entgegenzusetzen. Und doch ist es unser Auftrag, unsere Berufung, den Tendenzen von Hass und Gewalt die Botschaft der Nächsten- und Feindesliebe entgegenzusetzen. „Fürchte dich nicht vor ihnen“, das gilt auch uns.

Jeremias' Tempelrede in unserem Predigttext soll nicht Unruhe bewirken, sondern Umkehr, damit es für alle eine gute Zukunft geben kann. Jeremia ist nicht fanatisch, sondern entschlossen. So soll auch das „Tumfuute“ in den Gemeinden in Tansania klingen. Dort sind Christen in den meisten Regionen zwar nicht direkt bedroht, aber die politischen Verhältnisse sind oft instabil und auch das friedliche Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Religionen im Land ist nicht selbstverständlich. Doch die Gewissheit, sich gemeinsam der Leitung und Begleitung Jesu anvertrauen zu können, gibt ihnen Kraft. Trotz schwieriger Lebensumstände, trotz Armut und unsicherer Zukunft strahlen die Menschen in ihren Gottesdiensten mit ihrem fröhlichen Gesang, mit ihrer herzlichen Gemeinschaft und mit ihrer großen Solidarität füreinander die große Freude aus, in der Nachfolge Jesu Christi zusammenzugehören. Solche Dankbarkeit, Hoffnung und Zuversicht erleben wir hier in unserem reichen, satten Land nur selten.

Wer Jesus nachfolgt, kann viel bewirken, auch wenn wir als einzelne Christen oder mit unseren kleinen Gemeinden angesichts der großen globalen Herausforderungen wenig Einfluss zu haben meinen. Denn die Hoffnung, die Jesu Frohe Botschaft ausstrahlt, kann die Sicht der Menschen auf die Probleme der Welt nachhaltig verändern, weil Leid und Tod nicht das letzte Wort haben. Die Botschaft von Jesu Auferstehung ist die größte Hoffnungsgeschichte überhaupt.

Auch das Buch Jeremia ist trotz aller düsteren Voraussagen eigentlich eine Hoffnungsgeschichte. Denn durch alle mahnenden Worte scheint die eigentliche Botschaft der Hoffnung hindurch, die vor allem in den Heilsworten der späteren Kapitel aufleuchtet. Gott lässt sein Volk nicht im Stich.

Die Hoffnung der biblischen Botschaft gilt auch uns. Und sie gilt allen Menschen, die heute unter Hass und Gewalt leiden. Hoffnung gibt es, solange Menschen die Botschaft von Gottes Liebe weiter erzählen und sich füreinander einsetzen. Es gibt Hoffnung, wenn Christen weltweit an ihre verfolgten Schwestern und Brüder denken und für sie beten. Es gibt Hoffnung, solange wir den Mut haben zu widersprechen, wenn menschenverachtende Parolen und Hassbotschaften zu hören sind. Es gibt Hoffnung, wenn wir dazu beitragen, dass Konflikte gewaltlos geklärt werden und wenn anstelle von Vergeltung das versöhnliche Gespräch gesucht wird. Und es gibt Hoffnung, wenn wir uns in unserem Miteinander immer von Jesus Christus leiten lassen. Tumfuate!

Amen

Lied

EG 20,1-4

Fürbittengebet

Allmächtiger Gott, lieber himmlischer Vater, heute bitten wir ganz besonders für die Menschen auf unserer Erde, die von Verfolgung und Bedrängung betroffen sind. Die Angst um ihr Leben haben müssen, die benachteiligt werden. Für die, die sich nicht mehr auf die Straße trauen. Für die, die selbst oder deren Familienangehörige bedroht werden. Für die, die die Hoffnung aufgegeben haben. Für die, die um ihres Glaubens willen im Gefängnis sitzen und gefoltert werden. Herr, sei ihnen nahe und stärke sie mit Deiner Kraft. Gib ihnen die dringend benötigte Hoffnung und begleite sie in ihrer Not und in ihrer Verzweiflung. Du, Herr, kannst helfen, Du kannst uns leiten, Du führst uns an Deiner Hand.

Gemeinsam beten wir mit den Worten, die Jesus uns gelehrt hat:

Vaterunser

Lied

EG 56,1+5

Abkündigungen

Segen

Gott segne euch und behüte euch.

Er lasse sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Er erhebe sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden.

Gesungenes dreifaches Amen

Musik zum Ausgang

Opferempfehlung:

Die eingehenden Opfer und Spenden werden für Projekte erbeten, die verfolgte Menschen weltweit unterstützen.

Stichwort: **Verfolgte Christen 341100**

Überweisung auf das Konto des Evangelischen Oberkirchenrates bei der EKK
BIC GENODEF1EK1 IBAN DE66 5206 0410 0000 4001 06



**EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG**